

Russische Energiemachtambitionen und die globale Finanzkrise

Die internationale Finanzkrise hat den russischen Wirtschaftsboom vorerst gestoppt. Der Staat ist gezwungen, 100 Milliarden Dollar aus den insgesamt 600 Milliarden Dollar umfassenden Rücklagen für die Rettung des Bankensektors zu investieren. Die Kapitalflucht aus Russland übersteigt derzeit den Investitionszufluss. Die Oligarchen haben enorme finanzielle Verluste zu verzeichnen, da sie zumeist mit westlichen Krediten wirtschafteten, die ihnen aufgrund der Liquiditätskrise in der EU und den USA nicht mehr gewährt werden. Das von Präsident Dmitrij Medwedew Anfang des Jahres angekündigte wirtschaftliche Reform- und Modernisierungsprogramm scheint verschoben. Die Zeichen stehen in Russland wieder auf einer größeren Rolle des Staates. Sollte der internationale Ölpreis weiter sinken, kann Russland seinen ambitionierten Haushaltsplan 2009 nicht erfüllen. Doch ein Abgesang auf die russische Wirtschaft wäre verfrüht. Bei einem Russland-Frühstück der DGAP zur Auswirkungen der Finanzkrise auf die russische Energiewirtschaft sprach Tatjana Mitrowa, die Leiterin des Zentrums für Internationale Energiemarktstudien am Energieforschungsinstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften, von einem ernststen Testfall für das russische Wirtschaftssystem.

Für Tatjana Mitrowa ist das größte Problem der russischen Privatwirtschaft, dass jetzt der internationale Kreditmarkt für russische Unternehmen geschlossen ist. Neben den hohen Preisen für Öl und Gas waren es in den letzten acht Jahren vor allem ausländische Kredite, die das russische »Wirtschaftswunder« erzeugt haben. Als Folge der Finanzkrise kam es bei wichtigen Investitionsprojekten zu Verzögerungen bis hin zum völligen Stopp – auch im für Russland so sensiblen Energiebereich. Der Rückgang der Nachfrage nach Rohstoffen aufgrund des weltweiten Konjunkturrückgangs ließ den Ölpreis unter die Marke von 70 Dollar pro Barrel fallen.

Den führenden russischen Energieunternehmen fehlen somit in Zukunft die Finanzmittel für notwendige

Investitionen und Modernisierungsprojekte. Erst wenn der Ölpreis wieder über 100 Dollar steigt, lohnen sich alle geplanten Investitionen. Frau Mitrowa berichtete, dass Gazprom im Zuge der Finanzkrise den Bau der strategischen Altai-Pipeline nach China vollständig gestoppt habe. Hintergrund für diese Entscheidung sei jedoch auch, dass die Preise, welche Peking bereit war zu zahlen, zu niedrig waren, um die Pipeline wirklich profitabel betreiben zu können. Andere Projekte wie die Erschließung der Gasfelder Shtokman in der Barentssee und in Ostsibirien könnten sich aufgrund der hohen Kosten ebenfalls verschieben, mit Auswirkungen auf North-Stream. Bleibt der Ölpreis dauerhaft auf einem niedrigen Niveau, wird das negative Auswirkungen auf den russischen Staatshaushalt für 2009 haben.

Strategiewandel bei Gazprom

Weiterhin wird die Finanzkrise das Wachstum von Gazprom bremsen. Die Strategie des Gasmonopolisten hatte sich in den letzten Jahren in die richtige Richtung entwickelt: Nicht die Quantität der Produktion stand im Vordergrund, sondern die Maximierung von Gewinnen. Frau Mitrowa erinnerte an die im April 2008 angekündigte neue Investitionsstrategie des Gasgiganten, weniger Geld in den Erwerb von Beteiligungen zum Beispiel an Medien oder im Ausland zu investieren und die Erschließung neuer Lagerstätten und die Modernisierung der bestehenden Infrastruktur voranzutreiben. Damit wurde auch auf Forderungen des EU-Energiekommissar Andris Piebalgs reagiert. Die Kreditkrise wird jedoch dazu führen, dass geplante wichtige Investitionen nicht erfolgen, weil Gazprom und anderen Firmen die Mittel fehlen und der Zugang zu Krediten massiv erschwert worden ist. Zukünftig werden die russischen Energieunternehmen verstärkt auf ihre Kosten achten müssen. Als Folge der neuen Situation werden sie, anstatt in neue Erschließungsprojekte zu investieren, zunächst die Modernisierung der alten Infrastruktur vorantreiben. Für den Westen sind dies erste Warnsignale, da Russland so in Lieferschwierigkeiten geraten könnte.

Liberalisierung des russischen Energiemarktes

Gazprom versuchte seit Jahren auf dem russischen Markt höhere Preise für Gas durchsetzen. Das Unternehmen machte 2007 erstmals Gewinn innerhalb Russlands, wo es immerhin zwei Drittel seiner Produkte verkauft. Doch die russische Regierung fürchtete soziale Proteste aus der Bevölkerung, falls die Energiepreise zu schnell steigen. Deshalb durften bisher nur die Gaspreise für die Industrie angehoben werden. Trotzdem wird es zu einer stufenweisen Preiserhöhung in den nächsten drei Jahren kommen. Die Liberalisierung des russischen Energiemarktes ist für die Bereiche Öl, Kohle und Energieversorgung weitgehend abgeschlossen. Im Bereich Nuklearindustrie wird es wohl aufgrund des Gefahrenpotenzials keine breite Privatisierung geben. Im Gasbereich ist es durch das Mono-

pol Gazproms sehr schwierig, diesen Markt zu öffnen. Der Staat legt weiterhin die Gaspreise fest. Erneuerbare Energien spielen mit 0,1 Prozent in Russland praktisch keine Rolle, hier fehlt es an Anreizen und Investoren. Die Preise für konventionelle Energieträger sind noch zu niedrig, als dass sich die enormen Investitionen rechnen würden. Im Bereich der Energieeffizienz besteht ebenfalls ein riesiges Entwicklungspotenzial, jedoch fehlen dafür das entsprechende Know-how und eine staatliche Förderpolitik. Die bestehenden Eigentumsstrukturen und Finanzierungsmöglichkeiten behindern Investitionen in diesen Bereich.

Europäische Energiepolitik

Die Beziehungen zu den EU-Staaten als dem wichtigsten russischen Abnehmermarkt für Gas und Öl entwickelten sich in den letzten Jahren für Russland negativ. Ein wichtiger Faktor für die Behinderungen von Investitionen im russischen Energiebereich stellt für Tatjana Mitrowa die Liberalisierungspolitik der EU-Kommission dar. Russische Energieunternehmen erhalten Kredite für Investitionen auf Grundlage von Langzeitverträgen mit Abnehmern. So haben europäische Staaten unter anderem Deutschland Lieferverträge zum Teil bis 2035 mit Gazprom. Die Kommission betrachtet Langzeitverträge als ungünstig für einen freien Markt und fordert mehr Flexibilität. Jedoch geben diese Verträge russischen Unternehmen nicht nur Planungssicherheit für nötige Investitionen, sondern auch europäischen Staaten die Sicherheit für Lieferungen. Für die Energieexpertin steht fest: Die Kommission stellt das Geschäftsmodell russischer Energieunternehmen in Frage und wird weiterhin mit erheblichem Widerstand bei der Verrechtlichung der Strukturen in Russland rechnen müssen.

Ebenso kritisch sieht Gazprom die Entflechtungspolitik der Kommission, welche unter anderem die Kooperation bei North und South Stream erschwere. In diesem Zusammenhang wird von russischer Seite die europäische Energiecharta und insbesondere das Transitprotokoll kritisiert. Russische Energieunternehmen befürchten, dass mit der Akzeptanz des Transitproto-

kolls u. a. zentralasiatische Staaten das Recht erhalten, ihr Erdöl und Erdgas ohne Absprachen mit Moskau durch das russische Pipelinesystem zu transportieren. Damit wäre das russische Transportmonopol aufgeweicht. Als letzten Punkt für die Behinderung von Investitionen in den russischen Energiemarkt hob Frau Mitrowa die Politik des russischen Staates hervor, in strategischen Branchen nur Minderheitsbeteiligungen von ausländischen Unternehmen zuzulassen. Problematisch erscheint jedoch vor allem, dass parallel dazu die russische Regierung in den letzten Jahren versucht hat, mit politischem Druck wichtige strategische Lagerstätten unter Kontrolle zu bringen. Die Folgen sind der Abfluss und die Begrenzung von ausländischen Investitionen in diesem Bereich.

Nabucco

Der politische Wille der europäischen Staaten, die alternativ zum russischen Pipelinesystem geplante Nabucco-Gasleitung zu bauen, hat mit dem Georgien-Krieg zugenommen. Als weitere gute Nachricht für das EU-Projekt gilt die Mitte Oktober 2008 von einer unabhängigen britischen Firma abgegebene Einschätzung des enormen Umfangs der turkmenischen Gasfelder Iolotan und Jashlar. Laut Einschätzung der Experten handelt es sich um eines der größten Gasfelder der Welt, welches problemlos neben der sich in Bau befindlichen Pipeline nach China auch die Europäer beliefern könnte. Mit Spannung wird im Westen deshalb der bevorstehende Arbeitsbesuch des neuen turkmenischen Präsidenten, Kurbenkuli Berdimuhamedow, in Deutschland, Brüssel und den USA Mitte November erwartet.

Öl- und Gas-OPEC

Der Besuch des russischen Vizepremiers Igor Setschin auf einem Gipfel der OPEC Anfang September 2008 hat viel Aufmerksamkeit hervorgerufen. Für Tatjana Mitrowa ist Russland bisher gut ohne die OPEC ausgekommen, indem es die Vorteile ihrer Preispolitik nutzte, ohne sich gleichzeitig der Reduzierung von Förderquo-

ten für Öl unterwerfen zu müssen. Indem die Quoten immer weniger Einfluss auf den Ölpreis haben und es immer unklarer wird, auf welcher Grundlage dieser sich entwickelt, möchte Russland sich mit seinem Schulterchluss mit der OPEC auf künftige Energiekrisen vorbereiten. Sinkt der Ölpreis unter ein für den russischen Staatshaushalt alarmierendes Niveau, könnte Moskau gemeinsam mit den wichtigsten Öl exportierenden Ländern handeln. Die Idee einer Gas-OPEC geht in ähnliche Richtung und könnte Mitte November 2008 zwischen Russland, Iran und Qatar zum Abschluss kommen. Somit hätte Russland seine Position als Rohstofflieferant gegenüber den Abnehmern gestärkt.

Chance für Kooperation

Die Finanzkrise und die gegenseitigen Abhängigkeit Russlands und der EU im Energiebereich könnten eine pragmatischere Kooperation fördern. Zentral für die anstehende Aushandlung eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland erscheinen eine Entpolitisierung der Energiebeziehungen und die realistischere Bewertung einer möglichen strategischen Partnerschaft. Die Finanzkrise hat im postsowjetischen Raum vor allem rohstoffarme Länder wie die Ukraine, Weißrussland und Georgien in Mitleidenschaft gezogen. Die Weltbank und der IWF haben größere Kreditspritzen versprochen, Weißrussland leiht sich sowohl bei Moskau als auch beim Währungsfond Gelder. Die Finanzkrise offenbarte die engen Verflechtungen und Schwächen aller Staaten, auch Russlands, und bedarf gemeinsamer Lösungen. Die USA und die führenden EU-Länder haben für die nächsten Wochen eine Reihe von Gipfeltreffen und Konsultationen vereinbart. Auch Russland sollte als G8-Mitglied in die Krisenlösung einbezogen werden.

Alexander Rahr <rahr@dgap.org>, Dr. Stefan Meister <meister@dgap.org>

Russlands Energiestrategie und
europäische Energiesicherheit
Russlandfrühstück

14. Oktober 2008, 8:30–10:00